

Marburger Bündnis

„Nein zum Krieg!“



5 Jahre Atomwaffenverbotsvertrag

Kundgebung

Donnerstag, 22. Januar 2026, 16.30 – 17.30Uhr
Am Marktbrunnen, Marburger Marktplatz

Programm:

- Informationen über den Atomwaffenverbotsvertrag und den erforderlichen Beitritt Deutschlands zu diesem internationalen Vertrag.
- Grußwort: Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies.
- Fußball-Sport-Freunde Blau Gelb Marburg kicken für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag.
- mit Musik, Liedern und Texten zum Thema.

Atomwaffenverbotsvertrag seit fünf Jahren in Kraft aber ohne Deutschland!

Am 22. Januar 2021 ist der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft getreten. 99 Staaten haben den Vertrag mittlerweile unterzeichnet. 73 von ihnen haben ihn ratifiziert, weitere 26 haben ihn bisher unterzeichnet. Damit ist der Vertrag von mehr als der Hälfte aller UN-Mitgliedstaaten anerkannt.

**Jedoch haben bisher weder die Atommächte
noch ein NATO-Staat den Vertrag unterzeichnet.**

Der Atomwaffenverbotsvertrag verbietet den Mitgliedsstaaten Einsatz, Besitz, Produktion, Erwerb, Lagerung, Transfer, Stationierung sowie die direkte oder indirekte Kontrolle von Atomwaffen.

Kriege mit der Gefahr einer atomaren Eskalation und der daraus folgenden Klimakatastrophe (atomarer Winter) sind heute die größte Bedrohung der Menschheit.

Nach einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 1996 sind Staaten verpflichtet, für den Schutz des Lebens einzutreten und deshalb die Ächtung und vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen voranzubringen und umzusetzen.

bitte wenden

Marburger Bündnis

„Nein zum Krieg!“



Bereits 1968 hatten die USA, die UdSSR und Großbritannien den sog. Atomwaffensperrvertrag (NPT) abgeschlossen: Er verbietet die Weiterverbreitung von Atomwaffen.

Der Vertrag hat jedoch weder den atomaren Rüstungswettlauf noch die Weiterverbreitung verhindert. Inzwischen besitzen neun Staaten einsatzfähige Atomwaffen, wovon 3.900 sofort einsatzbereit sind.

Deshalb haben 122 Staaten im Juli 2017 in einer UN-Resolution den Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen und das völkerrechtliche Verfahren in Gang gesetzt, das dann am 22.01. 2021 als Internationales Gesetz in Kraft trat.

Dazu hat die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) mit weltweit hunderterten von Partnerorganisationen für ihre Arbeit 2017 den Friedensnobelpreis erhalten.

149 bundesdeutsche Städte und 4 Bundesländer haben den ICAN-Städteappell unterzeichnet, der folgendes besagt:

„Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen (UN) verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen und fordern von der Bundesregierung zu deren Beitritt auf“.

Der ICAN Städteappell wurde auch von der Marburger Stadtverordnetenversammlung am 22. Februar 2019 an die Bundesregierung gerichtet.

Deutschland ist dem Atomwaffenverbotsvertrag bisher nicht beigetreten. Im Gegenteil: Die Bundesregierung forciert den Ausbau des Standortes Büchel bei Koblenz, wo US-Atomwaffen für einen Einsatz durch die Bundeswehr bereitliegen.

Wir als Teil der Friedensbewegung fordern deshalb von der Bundesregierung:

- **Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und**
- **den Abzug aller US-Atomwaffen aus Büchel.**

**Der einzige Schutz vor Atomwaffen besteht darin,
sie vollständig abzuschaffen!!!**